

Ökolumne 9/07: Von Merseberg nach Bali

von Ulrich Brehme

Im Klimareport des UNO-Klimarates IPCC werden die wesentlichen Erkenntnisse über die Veränderung des Klimas zusammengefaßt und deren Auswirkungen auf die Zukunft der Menschheit untersucht.

Die Zunahme des Treibhauseffektes wird vor allem durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe (Emission von Kohlendioxid) und durch die Landwirtschaft (Stickstoffdioxid) ausgelöst.

Es gibt 3 starke Einflußfaktoren, die den Klimawandel bremsen können: eine rückläufige Weltbevölkerung, der Verzicht auf die Nutzung fossiler Energien und die weltweite Einführung neuer ressourceneffizienter Technologien. Wichtig ist, daß neben den Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel (z.B. dem Schutz der Wasserressourcen und der Küsten) auch Maßnahmen gegen Armut, fehlenden Ressourcenzugang und Konflikte vorgesehen werden.

Die Bundesregierung beschloß nun als Reaktion auf den IPCC-Bericht auf ihrer Klausurtagung in Merseberg die Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes um 40%. Dieses Ziel ist aber mit den vorgesehenen 30 Maßnahmen nicht erreichbar. Selbst mit einer vollständigen und zügigen Umsetzung wären nur etwa zwei Drittel der beschlossenen Treibhausgaseinsparung zu erzielen. Die CO₂-Abscheidung ist eine fragwürdige, unseriöse Technologie. Und im Verkehrsbereich wurde auf wirksame Minderungsstrategien verzichtet. So fehlt eine konkrete Planung bei den Einsparungen im Flug- und Schiffsverkehr. Ein Tempolimit auf Autobahnen wurde ebenfalls nicht beschlossen.

Es fehlen vollständig wirksame marktwirtschaftliche Ansätze zur Bekämpfung des Klimawandels. Auf die beiden wirksamen marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen für den ökologischen Umbau, die Ökologische Steuerreform und den Emissionshandel, gab es massive Angriffe durch die großen Energiekonzerne und die Wirtschaftsminister der Bundesländer. Bundesumweltminister Gabriel lehnte bisher eine Versteigerung der Emissionsrechte ab. Auch die nationale Besteuerung von Kerosin und ein massiver Ausbau der Forschung mit dem Ziel der effizienten Energieerzeugung bei erneuerbaren Energien fehlt.

Das ist die Fortsetzung einer „Ankündigungspolitik“ Deutschlands in Klimafragen. Die seit 1990 erreichten 16% CO₂-Reduktion hören sich nicht schlecht an, allerdings hatte sich Deutschland zu 21% Reduktion verpflichtet. Der weitaus überwiegende Teil der CO₂-Reduktion in Deutschland ist keineswegs auf gezielte Klimaschutzmaßnahmen zurückzuführen, sondern lediglich Ergebnis der Abschaltung der alten ostdeutschen Anlagen. Ziel muß aber die Umstrukturierung der Wirtschaft und die Beschleunigung des ökologischen Strukturwandels sein.

Der massive Ausbau der Förderung der Energieeinsparung und der Ausbau erneuerbarer Energien sind ein guter Weg, die Umstellung zu erleichtern. Aber ohne eine marktwirtschaftliche Fundierung dieses Wandels werden Umstellungssubventionen nur zu einer Verlagerung der Emissionen auf andere Gebiete führen.

Nötig ist eine ökologische Ordnungspolitik. Wenn die großen Energiekonzerne diesen Wandel nicht selber gestalten, muß die Politik den Mut haben mit der EU-Kommission

zusammen die Energiemonopole zu zerschlagen.

Im Dezember werden auf der indonesischen Insel Bali Gespräche über einen neuen internationalen Klimaschutzvertrag aufgenommen. Auf einer UN-Klimatagung in Wien haben sich die Staaten grundsätzlich auf ein neues gemeinsames Ziel für die Verringerung von Treibhausgasen geeinigt. Die Industriestaaten sollen ihren Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 25 bis 40% unter den Wert von 1990 senken. Allerdings soll diese Empfehlung nur als „lose Zielvorgabe“ für den nächsten Klimagipfel auf Bali dienen.